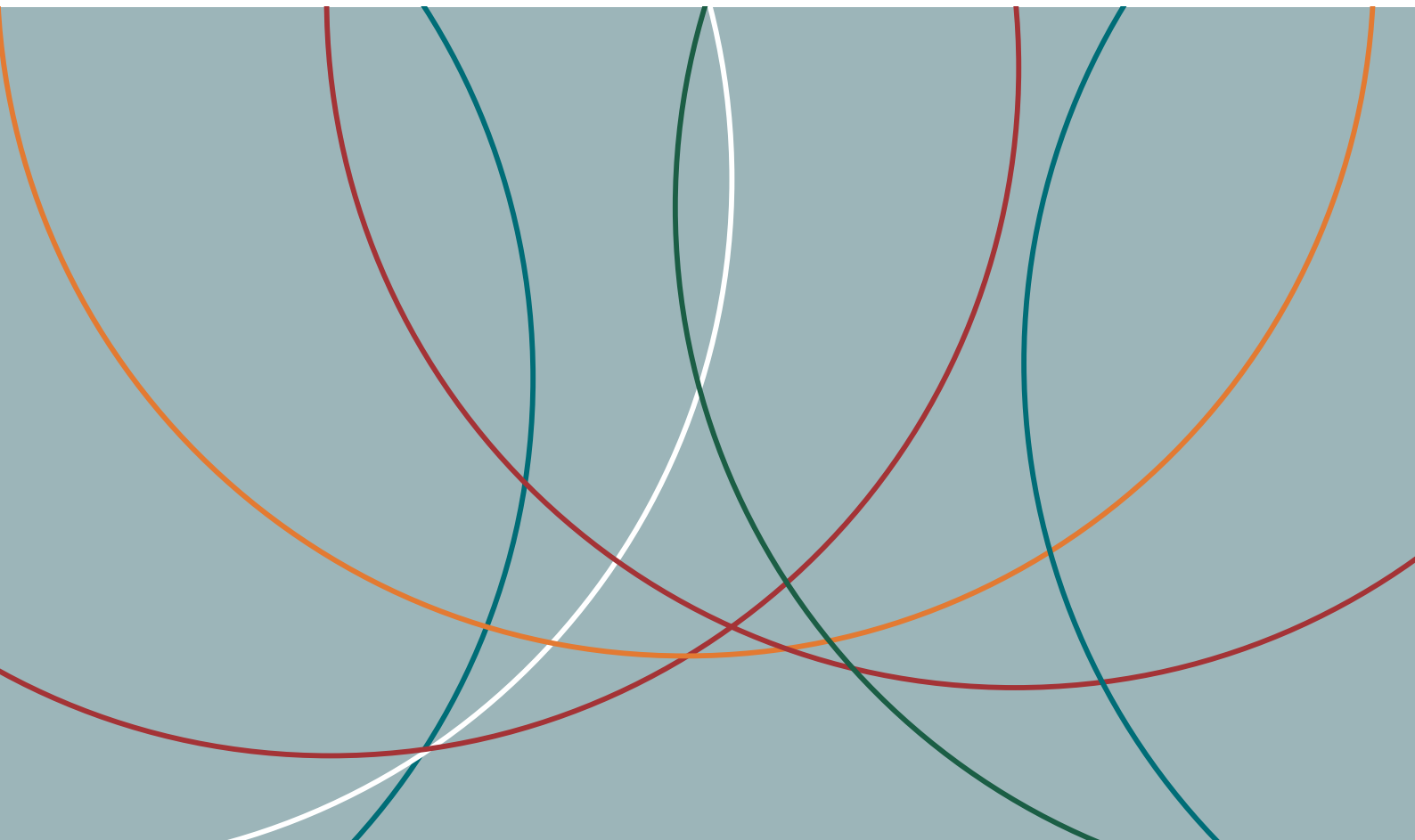


DeZIM Working Papers + DWP #12|26 Berlin, den 27. August 2026

Im Aufzug mit dem Bundeskanzler

Wie nehmen Menschen mit Migrationsgeschichte die
Kommunikation mit und von Politiker*innen wahr?



DeZIM Working Papers +

DWP #12|26 Berlin, den 27. August 2026

Im Aufzug mit dem Bundeskanzler

Wie nehmen Menschen mit Migrationsgeschichte die Kommunikation mit und von Politiker*innen wahr?

INHALT

Zusammenfassung	01
Abstract	01
Zentrale Ergebnisse	02

1. Einleitung	03
---------------------	----

2. Politische Responsivität: Zuhören, Erklären und Anpassen	05
2.1 Wahlkampfkommunikation: Zwischen direktem Kontakt und Nähe zur Wähler*innenschaft.....	05
2.2 Fiktive Responsivitätszeit außerhalb des Wahlkampfkontextes	06
2.3 Drei Kommunikationstypen – Vermittlung, Konfrontation und Rückzug.....	06
2.4 Unterschiedliche Responsivitätserwartungen der drei Kommunikationstypen	08
2.5 Sarkasmus – strategischer Umgang mit Responsivitätsmangel.....	09

3. Fazit	11
----------------	----

Literaturverzeichnis	12
----------------------------	----

Über das Projekt	13
------------------------	----

Im Aufzug mit dem Bundeskanzler

Wie nehmen Menschen mit Migrationsgeschichte die Kommunikation mit und von Politiker*innen wahr?

Katharina Kowalski und Susanne Pickel (InZentIM)

ZUSAMMENFASSUNG

Fühlen sich alle Menschen in Deutschland von der Politik gleichermaßen gehört und gesehen? Politische Responsivität, also die Bereitschaft von Regierenden, auf die Anliegen der Bevölkerung einzugehen, ist eine Grundvoraussetzung demokratischen Regierens. Doch ob sie so auch wahrgenommen wird, hängt davon ab, welcher Bevölkerungsgruppe die Menschen angehören und welchen Platz sie in der Gesellschaft haben. Das DeZIM Working Paper untersucht anhand von sieben im Herbst/Winter 2025/26 geführten Fokusgruppeninterviews politische Responsivität in der Wahrnehmung von Menschen mit Migrationsgeschichte, die in Deutschland leben. Im Zentrum steht die Frage, wie sie in einer persönlichen, informellen Begegnung mit einer*m politischen Repräsentant*in reagieren würden und was dieses potenzielle Verhalten über ihre Wahrnehmung und Erwartungen an politische Responsivität aussagt. Den Teilnehmenden wurde abschließend folgendes fiktive Szenario vorgestellt: „Sie befinden sich mit Bundeskanzler Friedrich Merz in einem Aufzug.“ Dadurch entstand eine unmittelbare, persönliche Form politischer Kommunikation zwischen Regierten und Regierenden. Dabei zeigten sich drei Kommunikationstypen: Rückzug, Konfrontation und Vermittlung. Interessant ist: Alle drei Typen nehmen einen Mangel an politischer Responsivität wahr.

Schlagwörter: *politische Responsivität; Fokusgruppen; Intersektionalität; Menschen mit Migrationsgeschichte; politische Kommunikation; Deutschland*

ABSTRACT

Do all people in Germany feel equally heard and seen by politicians? Political responsiveness, the willingness of those in power to address the concerns of the population, is a fundamental prerequisite for democratic governance. Yet, whether this responsiveness is perceived as such depends on an individual's demographic background and their position within society. This paper examines political responsiveness from the perspective of people with migration backgrounds who reside in Germany, based on seven focus group interviews done in autumn/winter 2025/26. The central inquiry is how these individuals would respond in a hypothetical, informal encounter with a political representative—specifically, a scenario in which they find themselves in an elevator with Federal Chancellor Friedrich Merz. This setting creates an immediate, personal form of political communication between the governed and the governing. Three distinct communication patterns emerged: withdrawal, confrontation, and mediation. Notably, all three types reflect a perceived lack of political responsiveness, highlighting divergent yet equally critical perspectives on the quality of political inclusion and representation.

Keywords: *political responsiveness; focus groups; intersectionality; people with a migration background; political communication; Germany*

ZENTRALE ERGEBNISSE

- In der fiktiven Begegnung mit dem Bundeskanzler zeigen sich drei spezifische kommunikative Reaktionsmuster (**Vermittlung**, **Konfrontation** und **Rückzug**), die nicht als feste Persönlichkeitsmerkmale, sondern als kontextabhängige Handlungsstrategien zu verstehen sind.
- Allen drei Identifikationstypen ist gemein, dass sie die politische Responsivität des Regierenden als grundsätzlich unzureichend wahrnehmen, was sich in empfundener fehlender Bürgernähe, unzureichender Ansprechbarkeit und mangelnder Transparenz niederschlägt.
- Während der Typ **Vermittlung** persönliche Betroffenheit schildert, um individuelle Erfahrungen zu erläutern und Perspektivwechsel anzuregen, hinterfragt der Typ **Konfrontation** politisches Handeln kritisch und fordert Rechenschaft ein. Der Typ **Rückzug** weicht der Begegnung dagegen aus Resignation und Machtlosigkeit physisch oder emotional aus.
- Die Bereitschaft zum Dialog hängt eng mit den jeweiligen Erwartungen an die politische Wirksamkeit zusammen: Der Typ **Rückzug** weist die geringste, der Typ **Konfrontation** eine mittlere und der Typ **Vermittlung** die höchste Responsivitätserwartung auf.
- Der physische oder emotionale Rückzug stellt eine eigenständige und folgenreichere Kommunikationsform dar, die auf tiefsitzendem Misstrauen und dem Gefühl mangelnder eigener Selbstwirksamkeit basiert.
- Typenübergreifend wird Sarkasmus als rhetorisches Stilmittel genutzt, um das Responsivitätsdefizit zu verarbeiten; die Intensität reicht dabei von leichtem Spott beim Vermittlungstyp bis hin zu Zynismus beim Rückzugstyp.

1. Einleitung

Gegenwärtig zeigt sich ein ernüchterndes Bild der politischen Stimmung in Deutschland: Konstatiert wird wachsende Unzufriedenheit mit der Umsetzung der Demokratie, ein Vertrauensverlust in politische Institutionen sowie der verbreitete Eindruck mangelnder politischer Responsivität von Politiker*innen (vgl. Franke et al. 2025). Diese drei Beobachtungen sind eng miteinander verbunden: Wer politische Entscheidungsprozesse als wenig zugänglich erlebt und eigene Anliegen als kaum berücksichtigt wahrnimmt, äußert häufig weniger Vertrauen in Institutionen und ist mit der Funktionsweise der Demokratie unzufriedener (vgl. Almond et al. 2006; Easton 1965; Pickel 2018).

In Anbetracht der Dynamik politischer Kommunikation im Zeitverlauf politischer Prozesse überrascht es kaum, dass die Reaktionsbereitschaft der politischen Akteur*innen zu verschiedenen Zeitpunkten unterschiedlich wahrgenommen wird. Die Hochphase politischer Responsivität ist dabei stets während des Wahlkampfes feststellbar: Direkte Ansprachen, inszenierte Bürgernähe und Wahlversprechen wecken Erwartungen, die nach der Wahl oft unerfüllt bleiben.

Sowohl der Wahlkampf vor der deutschen Bundestagswahl 2025 als auch die politischen Debatten waren stark polarisiert und thematisch zugespitzt. Mit Migration als einem der dominanten Themen stand stets eine bestimmte Bevölkerungsgruppe im Fokus: Menschen mit Migrationsgeschichte.

Zugleich bleibt politische Kommunikation für die meisten Regierten ein über Massenmedien vermittelter Prozess, der persönliche Begegnungen nur selten ermöglicht. Die Responsivität, die im Wahlkampf entsteht, ist dabei eine spezifische Form: inszeniert, auf Mobilisierung ausgerichtet und letztlich funktional, denn sie dient dem Stimmenfang, nicht dem dauerhaften Dialog. Diese Mobilisierungslogik entfällt mit dem Ende des Wahlkampfes – und damit verliert auch die zur Schau gestellte Nähe zur Wähler*innenschaft an Bedeutung. Vor diesem Hintergrund haben wir uns gefragt: *Wie würden Regierte mit Migrationsgeschichte in einer direkten, informellen Begegnung mit politischen Repräsentant*innen reagieren? Und was sagt dieses Verhalten über ihre Wahrnehmung von politischer Responsivität aus?*

Was verstehen wir unter *Regierten mit Migrationsgeschichte* und *Regierten mit eigener Migrationserfahrung*?

Da nicht alle Teilnehmenden die deutsche Staatsbürgerschaft oder eine EU-Staatsbürgerschaft besitzen und somit keine Möglichkeit haben, ihre Regierenden¹ zu wählen, nutzen wir den inklusiveren Begriff „Regierte“ anstelle von „Bürger*innen“. Außerdem unterscheiden wir zwischen Personen mit *eigener Migrationserfahrung* und Personen mit *Migrationsgeschichte*. Letzteres meint eine Person, die selbst oder von der mindestens ein Elternteil die deutsche Staatsangehörigkeit nicht von Geburt an hat oder hatte (vgl. Statistisches Bundesamt 2025; Dege & Nicke 2022).

Um dieser Frage nachzugehen, haben wir in unseren Fokusgruppeninterviews ein fiktives Szenario mit einer Situation der persönlichen Nähe eingebaut: In diesem Szenario befinden sich die Teilnehmenden in einem Aufzug mit dem derzeitigen Bundeskanzler

Friedrich Merz – allein und in direktem Kontakt mit ihm. Relevant sind – neben der persönlichen und unmittelbaren Nähe zwischen Regierten und einem Regierenden – die verschiedenen Lebensrealitäten der Teilnehmenden, in denen sie intersektionale

¹ *Regierende* umfasst sowohl regierungsbildende Akteur*innen als auch die parlamentarische Opposition.

Benachteiligung erlebt haben. Diese entsteht dort, wo sich verschiedene soziale Kategorien (z. B. Migrationsgeschichte, Geschlecht oder Klasse) überschneiden und dadurch multiple Formen von Diskriminierung (z. B. Rassismus, Sexismus oder Klassismus)

wirksam werden. Diese Mehrfachdiskriminierungen äußern sich in komplexen Ungleichheitsverhältnissen (vgl. Crenshaw 1989; Degele & Winker 2011; Davis & Lutz 2024), die spezifische Erfahrungen mit politischer Responsivität prägen können.

2. Politische Responsivität: Zuhören, Erklären und Anpassen

Responsivität ist ein grundlegendes Element repräsentativer Demokratien und verweist auf ein wechselseitiges kommunikatives Verhältnis zwischen Regierenden und Regierten. Sie beschreibt die Bereitschaft von politischen Repräsentant*innen, auf die Präferenzen und Erwartungen der Regierten einzugehen, sie in politischen Entscheidungsprozessen zu berücksichtigen und in politisches Handeln umzusetzen (vgl. Pitkin 1967; Dahl 1971; Kölln et al. 2013; Pickel 2018). Dabei lassen sich drei zentrale Formen unterscheiden – Zuhören, Erklären und Anpassen –, anhand derer die Regierten das responsive Handeln der Repräsentant*innen wahrnehmen und bewerten können. Konkret geht es darum, ob die Regierten den Eindruck haben, ...

- ... dass sich die politischen Repräsentant*innen aktiv über ihre Interessen und Anliegen informieren (**Zuhören**),
- ... dass politische Entscheidungen transparent erklärt und nachvollziehbar begründet werden (**Erklären**) und
- ... dass politische Entscheidungen zumindest teilweise an gesellschaftlichen Wünschen und Bedürfnissen orientiert sind (**Anpassen**) (vgl. Kölln et al. 2013; Esaiasson et al. 2017).

Obwohl politische Responsivität als ein grundlegendes Versprechen politischer Kommunikation gilt, zeigt sich in der politischen Praxis, dass sie nicht kontinuierlich im selben Maße praktiziert und wahrgenommen wird. Ihr Umfang und ihre Intensität variieren je nach politischem Kontext, institutionellen Rahmenbedingungen und strategischen Erfordernissen. Besonders ausgeprägt zeigt sie sich in Phasen intensiven politischen Wettbewerbs, insbesondere zur Wahlkampfzeit (vgl. Esaiasson & Narud 2013; Pickel 2018). Doch wodurch unterscheidet sich die Wahlkampfzeit von anderen politischen Zeiträumen?

2.1 Wahlkampfkommunikation: Zwischen direktem Kontakt und Nähe zur Wähler*innenschaft

Die Wahlkampfzeit stellt eine besondere kommunikative Phase dar, die sich durch eine erhöhte Intensität, Dichte und Zielgerichtetheit politischer Interaktion auszeichnet. Politische Akteur*innen verfolgen in Wahlkämpfen ein zentrales Ziel: den Stimmenfang. Hierfür sind sie im besonderen Maße darauf angewiesen, Rückmeldungen aus der Bevölkerung aufzunehmen, ihre eigenen Botschaften anzupassen und einen aktiven Dialog zu pflegen, da Wahlerfolge von der Mobilisierung und Überzeugung der Wähler*innenschaft abhängig sind (vgl. Esaiasson & Narud 2013; Pickel 2018). In dieser Phase verschiebt sich der Schwerpunkt politischer Kommunikation verstärkt auf den unmittelbaren Austausch zwischen politischen Akteur*innen und der Wähler*innenschaft. Strategisch geplant und situativ ausgestaltet wird direkter Kontakt zu einem zentralen Instrument der Wahlkampfkommunikation (vgl. Römmele 2002; Sarcinelli 2011; Moeckli 2017). Dabei kann direkte Kommunikation in unterschiedlichen Formen, analog oder digital, auftreten. Digitale direkte Kommunikation findet über technisch vermittelte Kanäle statt, bleibt jedoch dialogisch angelegt. Hierzu zählen beispielsweise Messenger-Dienste (wie WhatsApp oder Telegram), Chats, E-Mail-Kommunikation oder videobasierte Formate. Obwohl diese Formen räumlich getrennt sind, erlauben sie ebenfalls direkte Ansprache und Reaktion. Analoge direkte Kommunikation umfasst hingegen persönliche Begegnungen ohne technische Vermittlungen, etwa Gespräche am Wahlkampfstand, Haustürbesuche oder Diskussionsveranstaltungen. Unabhängig davon, ob die direkte Kommunikation analoger oder digitaler Natur stattfindet, bietet sie die Möglichkeit des unmittelbaren Austauschs zwischen politischen Akteur*innen und der potenziellen Wähler*innenschaft (vgl. Römmele 2002; Moeckli 2017).

Wenn der Wahlkampf eine Phase erhöhter Responsivität und politischer Nähe darstellt, diese jedoch außerhalb des Wahlkampfs abnimmt, stellt sich die Frage: Was geschieht, wenn beide Zeiträume zusammengeführt werden und die Nähe zur Wäh-

ler*innenschaft sowie den Regierten außerhalb des Wahlkampfs unter Bedingungen persönlicher, unvermittelter Interaktion ermöglicht wird?

2.2 Fiktive Responsivitätszeit außerhalb des Wahlkampfkontextes

Im Zeitraum von Oktober 2025 bis Januar 2026 haben wir insgesamt sieben Online-Fokusgruppeninterviews durchgeführt. An der Studie nahmen 24 Personen mit diversen Migrationsgeschichten teil.² Von diesen identifizierten sich 15 als weiblich, acht als männlich und eine Person als divers. Das Alter der Teilnehmenden lag zwischen 23 und 60 Jahren. Zum Erhebungszeitpunkt verfügten acht der Teilnehmenden nicht über die deutsche Staatsbürgerschaft, ein Teilnehmender hatte keine Staatsbürgerschaft. Neun von 24 gaben an, eine Migrationserfahrung zu haben. Vier von 24 Teilnehmenden berichteten zudem von gesundheitlichen Beeinträchtigungen. Bei der Zusammensetzung der Fokusgruppen stand die Kombination verschiedener Merkmale (Religion, gesundheitliche Beeinträchtigung etc.) im Vordergrund.

Für die folgende qualitative Auswertung und Interpretation des Datenmaterials ist es essenziell, den Gesprächsverlauf der Fokusgruppeninterviews zu kontextualisieren: Jedes Interview wurde mit den gleichen Fragen begonnen und beendet. Zu Beginn wurden die Teilnehmenden gebeten von einem politischen Ereignis zu berichten, das sie zum Zeitpunkt der Datenerhebung beschäftigt hat. Dabei war in allen Fokusgruppeninterviews ein politisches Ereignis durchgängig präsent: Die Stadtbild-Aussage von Friedrich Merz 2025: „Aber wir haben natürlich immer im Stadtbild noch dieses Problem und deswegen ist der Bundesinnenminister ja auch dabei, jetzt in sehr großem Umfang auch Rückführungen zu ermöglichen und durchzuführen“ (Tagesschau 2025). Zum Abschluss des Fokusgruppeninterviews sollten sich die Teilnehmenden die Situation vorzustellen, in einem Aufzug mit Bundeskanzler Friedrich Merz zu sein – *face to face*, alleine im direkten Kontakt. Wir

wollten wissen, was die Teilnehmenden dem Bundeskanzler Friedrich Merz sagen würden.

2.3 Drei Kommunikationstypen – Vermittlung, Konfrontation und Rückzug

Bei der Auswertung der Antworten auf die Frage, welche Worte die Teilnehmenden an den derzeitigen Bundeskanzler richten würden, konnten drei Kommunikationstypen identifiziert werden: **Vermittlung**, **Konfrontation** und **Rückzug**. Diese Kommunikationstypen sind nicht als feste Persönlichkeitseigenschaften, sondern als situative kommunikative Tendenzen oder Rollen zu verstehen, die von den Teilnehmenden eingenommen werden. Diese Typen erweisen sich als variabel und passen sich sowohl inhaltlichen Schwerpunktsetzungen als auch der Gruppendynamik an. Jeder einzelne Typ verfolgt in der Aufzugsituation jeweils eine eigene kommunikative Strategie, mit denen unterschiedliche Ziele erreicht werden sollen (siehe [Abbildung 1](#)).

Der erste **Typ Vermittlung** zeichnet sich durch eine vermittelnde Kommunikationsstrategie aus. Teilnehmende dieses Typs würden die Zeit im Aufzug nutzen, um dem Bundeskanzler ihre eigene Lebensrealität zu schildern und ihre persönliche Betroffenheit darzulegen. Dabei beziehen sie sich auf die moralische und gesellschaftliche Relevanz. Im Vordergrund stehen dabei weniger konkrete Forderungen als vielmehr das Anliegen, individuelle Erfahrungen sichtbar zu machen und gesellschaftliche Problemlagen zu erläutern – mitunter aus der Perspektive des eigenen Alltags.

Omar: „Ich fände es auch schon interessant, so einen Perspektivwechsel bei ihm anzuregen und zu gucken beziehungsweise [zu] fragen, ob er es wirklich [...] oder zu hinterfragen, ob er versteht, wie sich so jemand fühlen muss, der zum Beispiel betroffen ist oder sich angegriffen fühlt.“

(aus FG 3, M, muslimisch, 26–28 J.)

² Als Länder mit biografischem Bezug wurden u.a. folgende genannt: Armenien, Eritrea, Irak, Japan, Kamerun, Kolumbien, Marokko, Nordmazedonien, Sambia, Türkei.

Die eigene Biografie dient als Ausgangspunkt, um auf strukturelle Herausforderungen aufmerksam zu machen und deren gesellschaftliche Tragweite zu verdeutlichen. Dabei nimmt die Argumentation teilweise einen moralisierenden Charakter an. Durch das Offenlegen persönlicher Erfahrungen versuchen die Teilnehmenden, Verständnis zu erzeugen und Empathie zu fördern. Einige verfolgen dadurch explizit das Ziel, den Bundeskanzler zum Nachdenken über seine Aussage anzuregen oder einen Perspektivwechsel zu initiieren.

Andere Reaktionen der Teilnehmenden ordnen wir einem **konfrontativen Typen** zu. Teilnehmende dieses Typs würden die imaginäre Aufzugssituation nutzen, um eine direkte Fragerunde mit Friedrich Merz durchzuführen. Im Zentrum steht dabei weniger die Schilderung eigener Lebensrealitäten als vielmehr das kritische Hinterfragen seines politischen Handelns. Einerseits werden seine Motive, Leitlinien und politischen Grundüberzeugungen infrage gestellt. Andererseits zeigen die Teilnehmenden dieses Typs ein deutliches Interesse daran herauszufinden, ob Friedrich Merz sich der gesellschaftlichen und politischen Konsequenzen seiner Entscheidungen und öffentlichen Aussagen bewusst ist.

Yasmin: „*Ich würde, glaube ich, aus aktueller Situation heraus einfach meine Enttäuschung ausdrücken und wirklich betonen, dass er einen Großteil der deutschen Bevölkerung nicht repräsentiert, und [dass ich] es einfach schade finde, dass er als Bundeskanzler so fatale Aussagen treffen kann. Einfach nochmal kritisieren.*“

(aus FG 5, W, muslimisch, 23–28 J.)

Die Gesprächsführung ist dabei bewusst zugespitzt und kritisch angelegt. Mit dieser konfrontativen Strategie verfolgen die Teilnehmenden dieses Typs das Ziel, Rechenschaft einzufordern. Sie verlangen damit genau jene Form von Verantwortungsübernahme und Transparenz, die sie in der politischen Kommunikation häufig vermissen. Die Aufzugssituation wird somit als Gelegenheit verstanden, den politischen Akteur unmittelbar mit Kritik zu konfrontieren und ihn zur Rechtfertigung seines Handels anzuhalten.

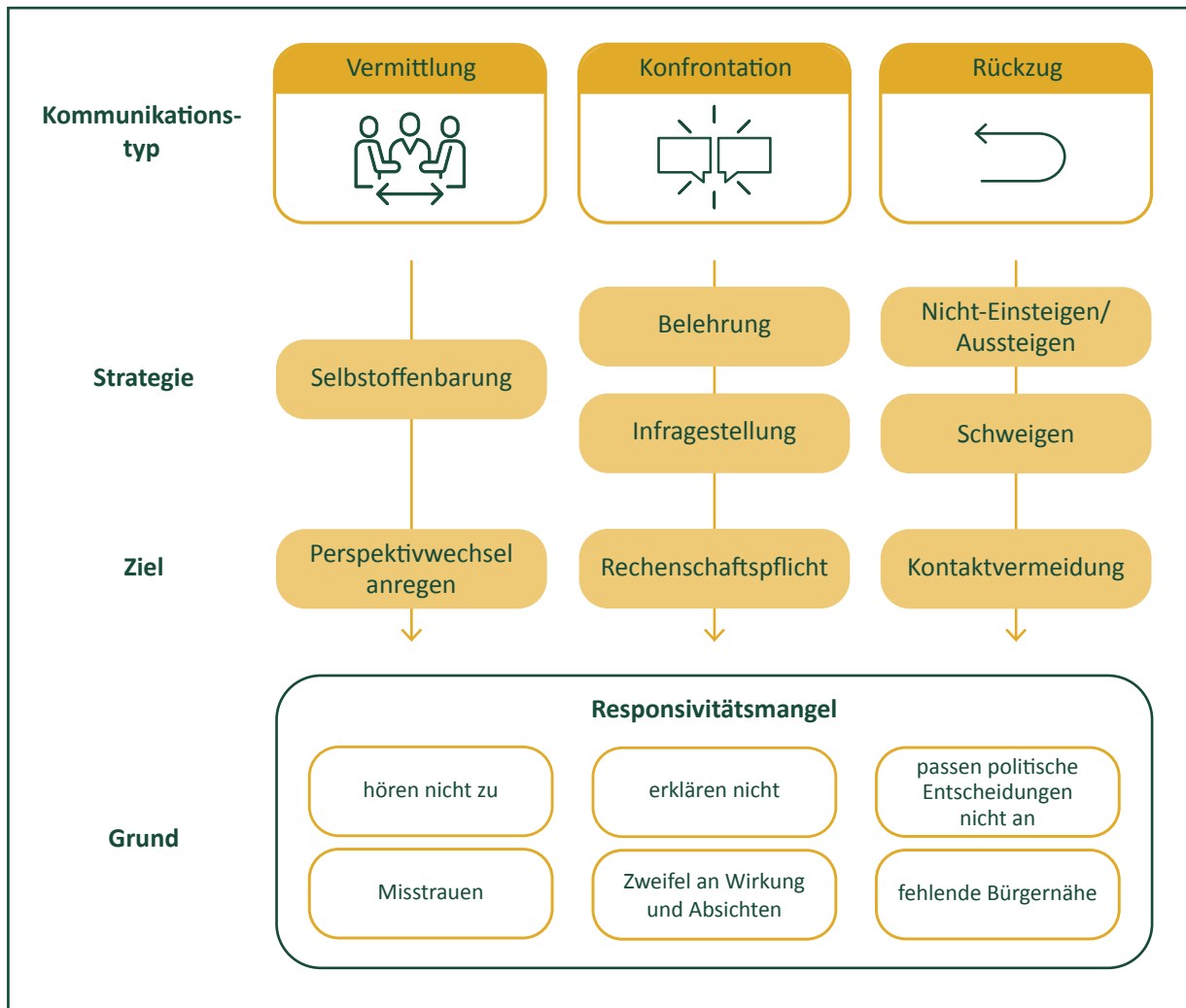
Der dritte Kommunikationstyp lässt sich als **Rückzugstyp** charakterisieren. Teilnehmende dieses Typs zeigen zwei unterschiedliche Kommunikationsstrategien:

- a. Diejenigen, die eine Aufzugfahrt mit dem Bundeskanzler aktiv durch das Nicht-Einsteigen oder Aussteigen vermeiden möchten (*physischer Rückzug*).
- b. Diejenigen, die sich an keinem Gespräch beteiligen würden und zum Schweigen oder Zurückhaltung tendieren (*emotionaler Rückzug*).

Marius: „*Wenn ich jetzt, sage ich mal, in einen Fahrstuhl steigen wollte und Friedrich Merz stünde daneben, dann würde ich sagen: Oh danke, ich warte auf den nächsten. Dankeschön.*“
(aus FG 4, M u. W, gesundheitliche Beeinträchtigung, 48–49 J.)

Begleitet werden diese Reaktionen von Gefühlen der Bedrohung und des Eingeschüchtertseins. Das Schweigen oder das Verweigern einer Unterhaltung sind nicht zwangsläufig Indikatoren für Desinteresse, sondern für Resignation. Sie sind ein Ausdruck von Ohnmacht, Distanz und fehlender Ansprechbarkeit. Der Rückzugstyp macht somit deutlich, dass Nicht-Kommunikation ebenfalls eine relevante Kommunikationsform darstellt, um Rückschlüsse auf das Verhältnis zwischen Regierenden und Regierten zu erlauben.

Allen drei Kommunikationstypen liegt zugrunde, dass sie die politische Responsivität des Bundeskanzlers als defizitär wahrnehmen. Unabhängig davon, ob sie eine vermittelnde, konfrontative oder rückzugsorientierte Strategie verfolgen, reagieren sie auf ein empfundenes Mangelgefühl in der politischen Ansprechbarkeit. Dieses zeigt sich in der Wahrnehmung fehlender Bürgernähe, unzureichenden Zuhörens, mangelnder Transparenz bei der Erklärung politischer Entscheidungen sowie in der Wahrnehmung, dass politische Maßnahmen und Handlungen nicht ausreichend an gesellschaftliche Bedürfnisse angepasst werden (vgl. Esaiasson et al. 2017).

Abbildung 1. Modell der drei Kommunikationstypen

©DeZIM

Quelle: eigene Darstellung.

Misstrauen sowie Zweifel an den politischen Absichten und der tatsächlichen Wirksamkeit eines kommunikativen Dialogs treten dabei besonders deutlich bei den Typen Konfrontation und Rückzug hervor. Sie verbinden kritische Nachfrage und Distanzierung mit einer grundsätzlichen Skepsis gegenüber der Glaubwürdigkeit des Regierenden und der Effektivität des eigenen Handels (*Selbstwirksamkeit*). Der wahrgenommene Responsivitätsmangel fungiert somit als zentraler Bezugsrahmen für die jeweiligen Verhaltensweisen und Kommunikationsstrategien, sei es als Versuch der Vermittlung, als Rechenschaftseinforderung oder als Ausdruck von Rückzug.

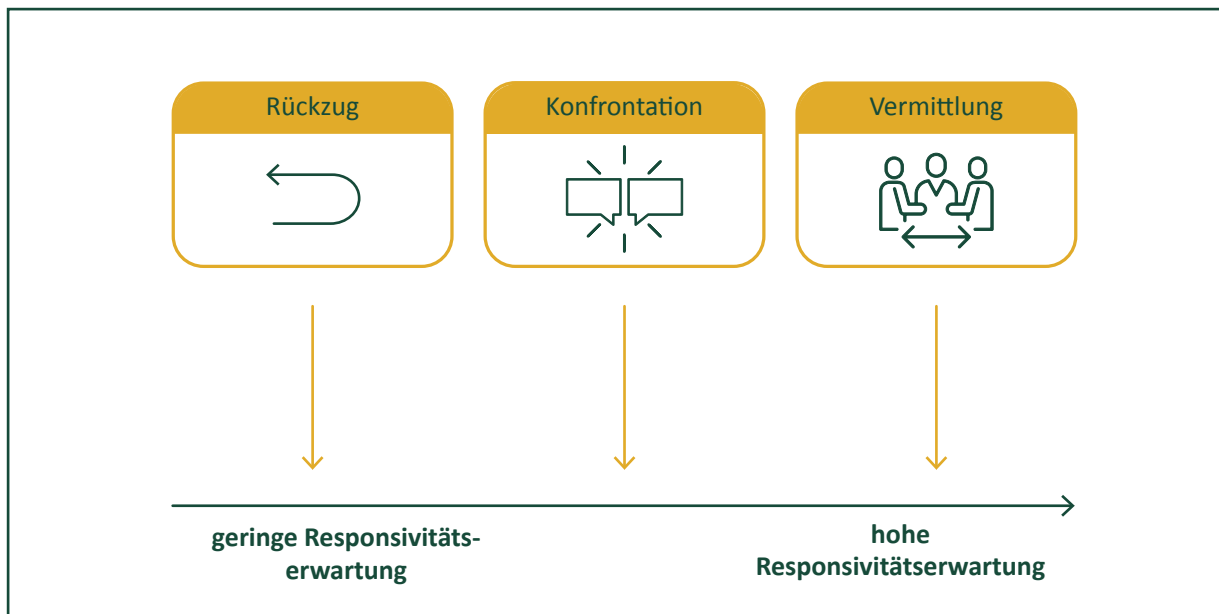
2.4 Unterschiedliche Responsivitätserwartungen der drei Kommunikationstypen

Die beschriebenen Kommunikationstypen machen deutlich, dass politische Responsivität nicht nur unterschiedlich wahrgenommen, sondern auch jeweils anders bewertet und eingeordnet wird. Aus den verschiedenen Reaktionsmustern lassen sich zugleich unterschiedliche Erwartungen an responsives Handeln ableiten. Um diese unterschiedlichen Erwartungen systematisch einordnen zu können, haben wir eine Skala antizipierter Responsivität entwickelt, auf der die identifizierten Kommunikationstypen veror-

tet werden können. Die Positionierung ergibt sich aus den jeweils zugeschriebenen kommunikativen

Strategien. Die Skala reicht von geringer bis hoher erwarteter Responsivität (siehe [Abbildung 2](#)).

Abbildung 2. Responsivitätserwartung der drei Kommunikationstypen



Quelle: eigene Darstellung.

Der Typ **Rückzug** ist dabei durch eine geringe Erwartung an politisches Reagieren gekennzeichnet. Aussagen werden als folgenlos wahrgenommen, Kommunikation erscheint sinnlos. Der Kommunikationstyp **Konfrontation** dagegen nimmt eine mittlere Position ein: Responsivität wird zwar angezweifelt, aber zugleich eingefordert und geprüft. Der Typ **Vermittlung** weist schließlich die höchste Responsivitätserwartung auf. Trotz bestehender Vorbehalte bleibt hier die größte Offenheit für ein kommunikatives Gegenüber. Die Bereitschaft, eigene Erfahrungen zu erklären oder Perspektiven zu vermitteln, beruht auf der Annahme, dass politische Kommunikation potenziell wirksam ist.

Die Einordnung der Kommunikationstypen entlang der Skala antizipierter Responsivität zeigt, dass selbst dort, wo Zweifel an tatsächlicher Responsivität vorliegen, Versuche bestehen, mit dem politischen Repräsentanten in einen kommunikativen Dialog zu treten. Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass

politische Kommunikation auch unter erschwerten Bedingungen möglich bleibt – allerdings dort, wo zumindest minimale Erwartungen an Ansprechbarkeit bestehen.

2.5 Sarkasmus – strategischer Umgang mit Responsivitätsmangel

Unabhängig von der jeweiligen Typenzuordnung griffen alle Teilnehmenden während der Gesprächsführung auf Scherze, Ironie oder Spott zurück. Sarkasmus fungiert als zentrales rhetorisches Stilmittel, um Kritik zu artikulieren, Distanz zu politischen Akteur*innen herzustellen oder Wahrnehmung eines Responsivitätsdefizits zu kommunizieren. Doch nicht jeder Kommunikationstyp setzte den Sarkasmus auf gleiche Art und Weise ein. Insgesamt machten wir drei Abstufungen von Sarkasmus ausfindig, die sich hinsichtlich ihrer Intensität und ihrer funktionalen

Ausrichtung unterscheiden. Diese reichen von leichtem Spott über zugespitzten Sarkasmus bis hin zu einer stärker ausgeprägten, zynischen Form der Distanzierung.

Spöttische Bemerkungen in einer abgeschwächten Form werden tendenziell vom Vermittlungstypen verwendet. In diesem Kontext erfüllt der spöttische Sarkasmus eine weniger radikale Funktion: Er dient als kritisches, aber vergleichsweise leichtes Stilmittel, um politisches Handeln zu kommentieren und ermöglichte den Teilnehmenden einen vorsichtig optimistischen und zugleich distanzierten Umgang mit der erwarteten Responsivität.

Zugespitzte sarkastische Äußerungen finden sich überwiegend bei den Typen Konfrontation und Rückzug. Während der konfrontative Typ Sarkasmus stärker als Mittel der Kritik und direkten Herausforderung einsetzt, zeigt sich beim Rückzugstyp eine ausgeprägte Form der Distanzierung. Dabei manifestiert sich die intensivste Ausprägung des Sarkasmus in zynischen Aussagen, die mit tiefgreifenden Bedenken hinsichtlich der politischen Rückkopplung, der Wirksamkeit des Gesagten und der Bürgernähe einhergehen.

3. Fazit

Wie würden sich Menschen mit Migrationsgeschichte – mit und auch ohne deutsche Staatsbürgerschaft – verhalten, wenn sie dem derzeitigen deutschen Bundeskanzler im Aufzug begegnen? Die Antwort auf die Frage zeigt, wie weit entfernt von der Politik oder den Regierenden sich viele der Befragten fühlen. Ein wesentliches Ergebnis der qualitativen Analyse sind die drei identifizierten Kommunikationstypen: Vermittlung, Konfrontation und Rückzug. Anhand dieser Typen kann die Wahrnehmung politischer Responsivität systematisch und differenziert dargestellt werden:

- Der kommunikative Dialog zwischen Regierten und Regierenden wird von mangelnder Responsivität beeinträchtigt. Die Regierten haben den Eindruck, dass der Regierende ihnen nicht zuhört, sie verstehen seine Aussagen und Handlungen nicht und vernehmen keine Rückkopplung.
- Rückzug, das Vermeiden der Situation wie auch die Schwierigkeit, sich solch ein Szenario vorzustellen, deuten darauf hin, dass reale und direkte Begegnungen als ungewohnt und unüblich empfunden werden.
- Dies geht einher mit einer Entfremdung, die auf eine fehlende Bürgernähe und Distanz zurückzuführen ist. Der Bundeskanzler als Regierender erscheint für die Regierten als unerreichbar und fern.
- Um mit dieser Entfremdung umzugehen, setzen die Regierten das rhetorische Stilmittel des Sarkasmus ein, und zwar in unterschiedlichen Abstufungen.

Obgleich diese Ergebnisse auf einem fiktiven Szenario basieren, deuten sie darauf hin, dass ein direkter Kontakt mit politischen Entscheidungsträger*innen nicht zwangsläufig ein Wundermittel ist, um einem wahrgenommenen Responsivitätsmangel entgegenzutreten. Denn der direkte Kontakt muss nicht sofort gelingen, wenn die Erwartungen der Regierten an ein responsives Agieren bereits getrübt sind, etwa durch zuvor getätigte umstrittene Aussagen oder Handlungen der Regierenden. Dennoch bleibt, auch unter Bedingungen ausgeprägter Skepsis und Entfremdung, politische Kommunikation für die meisten Regierten möglich. Dabei liegt die entscheidende Voraussetzung auf Seiten der Regierenden: Es geht um ihre grundsätzliche Bereitschaft zuzuhören und ansprechbar zu sein. Gerade Menschen mit Migrationsgeschichte brauchen dabei das Gefühl, dass ihre Bedürfnisse und Perspektiven nicht nur gehört werden, sondern sich auch in politischen Entscheidungen und Aussagen spiegeln – zumal, wenn sie aufgrund weiterer sozialer Kategorien intersektional vielfältige Erfahrung mit Ausgrenzung gemacht haben.

LITERATURVERZEICHNIS

- **Almond, Gabriel A.; Dalton, Russell J.; Powell, G. Bingham und Strøm, Kaare (2006):** Comparative politics today: A world view. New York [u. a.]: Pearson Longman.
- **Crenshaw, Kimberlé (1989):** Demarginalizing the intersection of race and sex: A Black feminist critique of antidiscrimination doctrine, feminist theory and antiracist politics. University of Chicago Legal Forum 8, 139–167.
- **Dahl, Robert A. (1971):** Polyarchy. Participation and opposition. New Haven: Yale University Press.
- **Davis, Kathy und Lutz, Helma (2024):** Intersectionality as critical method: Asking the other question. In: Dies. (Hg.): The Routledge International Handbook of Intersectionality Studies. London, New York: Routledge, 222–234.
- **Dege, Yonca und Nicke, Sascha (2022):** Wer kann mitmachen? Ein Forschungsprojekt zu Hürden von politischer Beteiligung für Menschen mit Migrationsgeschichten. In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hg.): Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt: Gesellschaftlicher Zusammenhalt & Rassismus. Schriftenreihe des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft 11. Jena: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft, 40–55.
- **Degele, Nina und Winker, Gabriele (2011):** Intersektionalität als Beitrag zu einer gesellschaftstheoretisch informierten Ungleichheitsforschung. Berliner Journal für Soziologie 21, 69–90. doi: 10.1007/s11609-011-0147-y.
- **Easton, David (1965):** A systems analysis of political life. New York, London, Sydney: John Wiley & Sons, Inc.
- **Esaiasson, Peter; Gilljam, Mikael und Persson, Mikael (2017):** Responsiveness beyond policy satisfaction: Does it matter to citizens? Comparative Political Studies 50, 739–765. doi: 10.1177/0010414015626445.
- **Esaiasson, Peter und Narud, Hanne Marthe (Hg.) (2013):** Between-election democracy. The representative relationship after election day. Colchester: ECPR Press.
- **Franke, Helene; Hebenstreit, Jörg; Holtmann, Everhard; Jaeck, Tobias; Pollak, Reinhard; Reiser, Marion; Sand, Matthias und Zissel, Pierre (2025):** Deutschland Monitor 2025: Gesellschaftliche und politische Einstellungen. Themenschwerpunkt: Wie veränderungsbereit ist Deutschland? Online abrufbar unter: <https://deutschland-monitor.info/fileadmin/Reports/Deutschland-Monitor-2025-Hauptbericht.pdf>.
- **Kölln, Ann-Kristin; Esaiasson, Peter und Turper, Sedef (2013):** External efficacy and perceived responsiveness – same, same or different? Annual Conference of the Elections, Public Opinion and Parties (EPOP) Specialist Group. Lancaster University.
- **Moeckli, Silvano (2017):** So funktioniert Wahlkampf. Stuttgart: utb GmbH.
- **Pickel, Susanne (2018):** „Wahlkampfzeit ist Responsivitätszeit“. In: Mannewitz, Tom (Hg.): Die Demokratie und ihre Defekte: Analysen und Reformvorschläge. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 171–195.
- **Pitkin, Hanna Fenichel (1967):** The concept of representation. Berkeley: University of California Press.
- **Römmele, Andrea (2002):** Direkte Kommunikation zwischen Parteien und Wählern: Professionalisierte Wahlkampftechnologien in den USA und in der BRD. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- **Sarcinelli, Ulrich (2011):** Politische Kommunikation in Deutschland: Medien und Politikvermittlung im demokratischen System. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- **Statistisches Bundesamt (2025):** Glossar über die Merkmale im Mikrozensus 2024. Online abrufbar unter: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Haushalte-Familien/Methoden/Downloads/mikrozensus-glossar-2024.html?nn=208888#doc1418056bodyText5>.
- **Tagesschau (2025):** Merz’ Problem mit dem „Stadtbild“. Online abrufbar unter: <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/merz-stadtbild-migration-100.html>.

ÜBER DAS PROJEKT

Die Ergebnisse sind im Rahmen des Projekts „Nicht gesehen, nicht gesprochen, nicht gehört. Politische Responsivität und intersektionale Ungleichheit (NIG)“ entstanden. Das NIG-Projekt ist Teil des vom BMBFSFJ im Rahmen der DeZIM-Forschungsgemeinschaft geförderten Kooperationsprojekts „Politische (Un-)Gleichheit in der postmigrantischen Demokratie“ (PoMigDem, Laufzeit 01.01.2025–31.12.2027). Es zielt darauf ab, in Zusammenarbeit mit intersektional ungleichen Menschen mit Migrationsgeschichte gezielt neue Verfahren zu entwickeln, die ihre politische Partizipation und Repräsentanz fördern sowie die Responsivität der politischen Amtsträger*innen verbessern.

Verbundpartner sind neben dem Interdisziplinären Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (InZentIM) das Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM), das Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES) sowie das Institut für Soziologie der Universität Münster.

Weitere Informationen zum Projekt unter:

→ <https://www.dezim-institut.de/projekte/politische-un-gleichheit-in-der-postmigrantischen-demokratie-7-19/> sowie <https://www.uni-due.de/inzentim/projekte.php?akronym=NIG>

IMPRESSUM

Kowalski, Katharina und Pickel, Susanne (2026): Im Aufzug mit dem Bundeskanzler: Wie nehmen Menschen mit Migrationsgeschichte die Kommunikation mit und von Politiker*innen wahr? DeZIM Working Papers 12, Berlin: Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM).

© Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung DeZIM e.V., 2026. Alle Rechte vorbehalten.

Diese Publikation erscheint unter der Creative-Commons-Lizenz Attribution 4.0 International (CC BY 4.0). Der vollständige Lizenztext ist unter <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/> einsehbar. Die Publikation ist dauerhaft über die Website des DeZIM-Instituts unter www.dezim-institut.de/publikationen/ sowie im Social Science Open Access Repository (SSOAR) unter www.ssoar.info/ssoar/ abrufbar.

DeZIM Working Papers geben die Auffassung der Autor*innen wieder.

Herausgeber



Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung DeZIM e.V.

Mauerstraße 76

10117 Berlin

☎ (0)30 200 754 130

✉ presse@dezim-institut.de

🌐 www.dezim-institut.de

Autor*innen

Katharina Kowalski und Prof. Dr. Susanne Pickel (InZentIM)

Lektorat

Tamina Kutscher

Schlussredaktion

Maren Seidler

Covergestaltung & Satz

TAU GmbH

ISBN

978-3-911716-33-8

Druck

Kern GmbH

Das Deutsche Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) forscht zu Integration und Migration, zu Konsens und Konflikten, zu gesellschaftlicher Teilhabe und zu Rassismus. Es besteht aus dem DeZIM-Institut und der DeZIM-Forschungsgemeinschaft. Das DeZIM-Institut hat seinen Sitz in Berlin-Mitte. In der DeZIM-Forschungsgemeinschaft verbindet sich das DeZIM-Institut mit sieben anderen Einrichtungen, die in Deutschland zu Migration und Integration forschen. Das DeZIM wird durch das Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) gefördert.

Gefördert vom:



Bundesministerium
für Bildung, Familie, Senioren,
Frauen und Jugend